



Vereinte Dienst-
leistungsgewerkschaft

Informationen

Eurer Vertrauensleute
in der

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Nr. 2

28. Jahrgang

Juni 2015



1. Mai in Bonn: Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!

Inhalt:

Seite 3 **10 Tage Bildung! Jedes Jahr!**

Seite 4 **Streiks als „Bürde“?**

Eure ver.di-Vertrauensleute in der FES:

Axer-Dämmer, Gerda	KuG	7039
Brombach, Lisette	SF	7920
Fiedler, Marion	PA	7124
Gräf, Ralf	Archiv	8022
Hegelau, Kim	PA	7127
Heinzen, Jennifer	PA	7128
Kozanowski, Holger	Archiv	8031
Raabe, Martin	Archiv	8046
Rose, Gabriele	BIB	8221
Schmidt, Severin	WISO	8309
Scholz, Harry	Archiv	8052

**Homepage der ver.di-Betriebsgruppen der FES:
<http://www.verdi-fes.de>**

Kontakte:

ver.di – Bezirk NRW – Süd

Endenicher Straße 127
53115 Bonn
Tel.: 0228/9484-0
Fax: 0228/9484-290
E-Mail: bz.nrw-sued@verdi.de

ver.di – Geschäftsstelle Siegburg

Kaiserstraße 108
53721 Siegburg
Tel.: 02241/51027
Fax: 02241/63874
E-Mail: gst.siegburg@verdi.de

Impressum:

Ralf Gräf, Martin Raabe

V.i.S.d.P.:

Andreas Reisch
Endenicher Str. 127, 53115 Bonn

10 Tage Bildung! Jedes Jahr!

Die Bedeutung von Weiterbildung für die beruflichen Qualifikationen steigt von Jahr zu Jahr. Eine kontinuierliche Weiterbildung im Job ist wichtig, zum Beispiel um mit dem technologischen Fortschritt mitzugehen oder eine neue Sprache zu lernen, weil ein anderes Aufgabenfeld es erfordert. Beides ist uns in der FES bekannt. Schreibmaschinen gibt es auch hier schon lange nicht mehr.

Für uns ist die politische Weiterbildung aber mindestens ebenso wichtig. Politische Bildungsseminare regen zum Nachdenken über die gesellschaftlichen und ökonomischen Prozesse an, die uns alltäglich begegnen. In einer scheinbar grenzenlosen und verwirrenden Welt können wir durch vertieftes Wissen die Dinge besser und vor allem eigenständig beurteilen. Das bietet politische Bildung!

In der FES gibt es dazu in der Politischen Akademie die Akademie für ArbeitnehmerWeiterbildung, die Seminare speziell für Arbeitnehmer_innen organisiert, die sich nach dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz NRW von der Arbeit freistellen lassen.

Dieses Gesetz gewährt jedem/r Arbeitnehmer_in in NRW in Betrieben mit mehr als 50 Mitarbeitern uneingeschränkt fünf Tage Bildungsurlaub im Jahr, in kleineren Betrieben gelten besondere Regeln.

In der FES jedoch geht es noch einen Schritt weiter! Wir haben laut FES-Manteltarifvertrag für die Teilnahme an „staatsbürgerlichen und gesellschaftspolitischen Bildungsmaßnahmen“ einen Anspruch auf 10 Tage Freistellung im Jahr.

Was liegt näher, als diesen Anspruch zu nutzen! Sicherlich gibt es immer viel Arbeit und genug Ausreden, eine Weiterbildung aufs nächste Jahr und nächste Jahr zu schieben, aber mit ein bisschen Voraussicht lässt sich ein Bildungsurlaub problemlos ins Jahr integrieren.

Dabei können Interessierte nicht allein die Seminare der FES besuchen, sondern selbstverständlich auch die anderer Bildungsträger. Ein schneller und umfassender Einblick findet sich auf www.bildungsurlaub.de, auch ver.di bietet auf <https://bildungsportal.verdi.de/> Angebote zur politischen Bildung an.

Wer sich in knapp drei Minuten über den Bildungsurlaub in NRW informieren möchte, kann dies auf youtube machen.

Einfach

<https://www.youtube.com/watch?v=CrvLUNmN2WY>

in den Browser tippen oder noch einfacher die Stichworte „FES“ und „Arbeitnehmerweiterbildung“ in die Suchleiste von youtube eingeben, schon erläutert das Video der Akademie für ArbeitnehmerWeiterbildung weitere Fragen zur Weiterbildung.

Nutzt Eure Chance auf Weiterbildung, ob in der FES, bei ver.di oder anderswo!

Das Team der Akademie für ArbeitnehmerWeiterbildung

(arbeitnehmerweiterbildung@fes.de)

oder Eure ver.di-Vertrauensleute helfen Euch gerne weiter!

Christian Testorf

Streiks als „Bürde“?

„Wenn Streiks zur Bürde werden“, titelte die Pfingstausgabe der Süddeutschen im Mai. Tenor des Beitrags: Zwar seien Arbeitskämpfe in Deutschland vom Grundgesetz geschützt, gingen aber immer häufiger zu Lasten der Bürger, weshalb der Staat gefordert sei, etwas dagegen zu tun. Auch „Ver.di-Chef Bsirske“, so am 22. Oktober 2014 auf Spiegel Online zu lesen,“ stellt sich gegen GDL-Boss Weselsky“. Zum Gegensatz, der hier konstruiert wird, klingt auch sprachlich an, dass „Chef“ und „Boss“ ihre Macht unterschiedlich (legitimiert?) ausüben.

Das Handelsblatt titelte nach dem letzten Lokführerstreik am 19. Mai 2015 gar in einem Beitrag: „An Streiktagen verdienen Lokführer mehr als Erzieher“. Instinkt- und geschmacklos, wenn man dies weiterdenkt. Wie knapp muss es dann verdienstmäßig bis dato für die streikenden Erzieher_innen in Deutschland bestellt gewesen sein? Und wenn sie während eines Streiks wiederum von dem Wenigen nur einen Bruchteil erhalten, wie groß muss dann ihre Entschlossenheit sein, diesen Streik dennoch zu machen.

In der aktuell 4. Streikwoche werden sowohl die streikenden Erzieher_innen als auch die Eltern und Kinder auf eine harte (Gedulds-)Probe mit ungewissem Ausgang gestellt. Das trifft wohl in gleichem Maße auf die noch im Mai in der 9. Runde streikenden Lokführer_innen zu. Denn selbst wenn die GDL als ehemalige Beamtengewerkschaft höhere Zuschüsse zum Streikgeld ziehen kann, ist am Monatsende weniger in der Familienkasse jedes einzelnen streikenden Lokführers. Auch er oder sie streikt nicht aus Lust und Laune heraus oder weil „Boss Weselsky“ mit hohem Streikgeld lockt. Lokführer_innen möchten wohl lieber arbeiten und dafür fair bezahlt

werden, ihre Überstunden abbauen können etc. und ein akzeptables Ergebnis erreichen. Und weil das so ist, würden sie ihrem „Boss“ wohl auf die Finger klopfen, sollte der auf ihrem Rücken persönliche Alleingänge und Machtspielchen betreiben.

Sicher will auch niemand, am allerwenigsten die Streikenden selbst, Deutschland und seine Wirtschaft lahmlegen oder ruinieren, oder Mitbürger_innen schädigen, ärgern, „in Geiseln nehmen“ etc., schon allein aus wirtschaftlichem Eigeninteresse. Zurückliegende Streiks beweisen vielmehr, dass in der Regel verantwortungsvoll agiert wurde und dass am Ende vertretbare wie akzeptable Ergebnisse zustande kamen.

Derzeit zeigt sich darüber hinaus, dass Arbeitnehmer_innen insbesondere aus den dienstleistungsorientierten Bereichen, die in weiterem und engerem Sinne Dienst am Menschen (und nicht am und mit Geld) verrichten und/oder in verantwortungsvollen Berufen arbeiten, sich mittlerweile so unfair bezahlt sehen, dass sie nicht mehr bereit sind, dies länger hinzunehmen. Dass gerade ihre Streiks massenhaft am direkten Tarifgeschehen Unbeteiligte treffen, ist dabei leider unvermeidbar.

Persönliche Betroffenheit sollte hier aber auf keinen Fall stärker wiegen als das (Grund-)Recht auf Streik und das Recht der Streikenden, eben für ihre Rechte zu kämpfen. Die Versuche, Betroffene gegen Streikende permanent gegeneinander auszuspielen, leisten nur der Entsolidarisierung in weiteren Bereichen der Gesellschaft Vorschub. Sollten sie erfolgreich sein, stünde am Ende die komplette Aushebelung der stärksten Waffe von Arbeitnehmer_innen in ihrem Kampf um Mitbestimmung.

Gerda Axer-Dämmer